

2017-01-13

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 01.12.2016

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 226, Rathaus Dessau

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Otto eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 0**

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.10.2016**

Herr **Otto** bittet um Korrektur der Anlage 3 auf Seite 4. Bei der Aufwertung des August-Bebel-Platzes, Historisches Arbeitsamt, muss der Betrag auf 2,4 Mio EUR geändert werden.

Die Niederschrift wird mit ihren Korrekturen bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 1**

## **4 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **4.1 Informationen der Verwaltung**

#### **4.1.1 KEP Arbeitsstand**

Herr Dr. **Reck** informiert über die im Laufe des Jahres stattgefundenen Arbeitstreffen im April, Mai, Juni. Am 20. August fand im Krötenhof ein Workshop der Kulturschaffenden statt, vertreten durch Einrichtungsleiter und Mitglieder des Kulturforums. Ideen und gesteckte Wirkungsziele mündeten in einem Aufgabenkatalog. Ein weiteres Arbeitstreffen im November fand zum Thema Entwicklung der Kultureinrichtungen statt. Darauf wird er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung näher eingehen. Der Prozess wird fortgeführt. Ab 1. Januar 2017 wird es eine neue Mitarbeiterin geben, die dann für die Kulturentwicklungsplanung zuständig ist. Zum Ende des ersten Quartals 2017 wird ein Diskussionspapier zur Verfügung stehen können, das von ihm schon Ende Oktober 2016 zugesagt war. Geplant ist eine Zweiteilung des KEP in die Beschreibung der Kulturlandschaft mit Kulturangeboten und Entwicklungsschritte, die strukturell und programmatisch zu gehen sind. Es gab Überlegungen, die AG KEP in den Kulturausschuss zu überführen. Gerade im Hinblick auf die Einbindung des Schulverwaltungsamtes hätte Frau Wendeborn dann die Möglichkeit der Mitwirkung bspw. im Bereich der kulturellen Bildung. Weitere Schritte in der KEP können dann in der Januarsitzung des Kulturausschusses erörtert werden. Er kann weiterhin über das EFRE-Programm berichten, dass die energetische Sanierung der Wissenschaftlichen Bibliothek die 2. Bewerbungsrunde erreicht hat. Im Falle des Zuschlags hat die Stadt 3,2 Mio. EUR als Fördersumme beantragt, dabei steuert die Stadt 7 % bei, EFRE-Mittel liegen bei 79 % und 14 % Stadtumbauittel ergeben die Gesamtfinanzierung. Herr Kuras ergänzt, dass der Förderzeitraum bis zum Jahr 2020 läuft. Dementsprechend zügig müsste die Planung und Umsetzung erfolgen.

Herr **Kuras** erinnert an die Rahmenkonzeption für das Naturkundemuseum, zu dem ein intensiver Austausch im Februar in diesem Ausschuss stattfand. Der gefasste Beschluss beinhaltet die Weiterverfolgung der Neukonzipierung in 2 Schritten. Dies betrifft die inhaltliche Betrachtung und die bauplanerische Phase. Herr Dr. Reck informierte, dass zweiteres zurückgestellt wurde. Modifiziert wurde hingegen die inhaltliche Betrachtung, bei der die Kollegen intensiv mit den beiden Moderatoren, Herrn Niedernostheide und Frau Dr. Meyer, gearbeitet haben. Das dabei entstandene inhaltliche Konzept ist druckfrisch und wird an die Anwesenden verteilt.

Herr **Otto** würde es sehr begrüßen, die AG KEP in den Kulturausschuss zu integrieren. Die „Personenidentität“ währe mit Abweichung bei DIE LINKE gegeben. Dies sollte in den Fraktionen beraten werden. Die Ausschussmitglieder signalisieren Zustimmung zur Verfahrensweise.

#### **4.1.2 Auswertung Besucherstatistik im Museum für Stadtgeschichte und im Museum für Naturkunde und Vorgeschichte**

Herr **Görgner** informiert anhand von Folien (Anlage 1) über den Sachstand. Herr **Otto** möchte wissen, welche Schlussfolgerungen aus den vorliegenden Zahlen zu ziehen sind. Herr **Görgner** ist grundsätzlich der Meinung, dass die Stabilität der

Öffnungszeiten erreicht werden muss und nicht jährlich verändert werden sollte. Längere Öffnungszeiten bedeuten nicht zwangsläufig mehr Besucherzahlen, da von dieser Betrachtung die Schulklassen auszuschließen sind.

Herr **Hartmann** stellt die Tendenz fest, dass zwischen den beiden Museen Differenzen in den Öffnungszeiten aufgebaut wurden, die sicher gewollt sind. Die Schließung an Samstagen im Naturkundemuseen wurde zu Gunsten des Tourismus aufgehoben und auf den Dienstag verlegt. Er möchte wissen, ob Herr Görgner mit dem jetzigen Modus Montag und Dienstag zu schließen, leben kann. Herr **Görgner** erwidert, dass er mit mehr Budget den Dienstag öffnen würde. Schulklassen konnten nicht alle am Mittwoch aufgefangen werden.

Herr **Kuras** erklärt, dass eine kleine Budgetreserve genutzt wird, um Schulklassen außerhalb der Öffnungszeiten (9:00 Uhr) den Besuch zu ermöglichen. Herr **Otto** geht davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt bereits die Mitarbeiter im Haus sind und die Klasse begleiten könnten. Herr **Kuras** erklärt, dass die Klassen durch Museumspädagogen betreut sind, aber dennoch bei WC-Gängen oder sonstigem Entfernen von der Gruppe schlecht zu beaufsichtigen sind. Zu bedenken ist ebenfalls, dass die meisten Mitarbeiter nicht in den Museen ihre Arbeit verrichten, sondern sich in der Törtener Straße aufhalten. Herr **Otto** ist der Meinung, dass die Lehrkraft, die Museumspädagogin und ein Mitarbeiter für die Aufsicht einer Klasse ausreichend sind. Herr **Kuras** sichert die Prüfung dieser Möglichkeit zu. Auf Anfrage erklärt Herr **Görgner**, dass er ca. 80-100 Gruppenbesuche im Jahr hat. Dazu zählen Schulen, Horte, Kitas und Gruppen aus der Jugendherberge bspw.. Er bestätigt weiterhin, dass die Besucherzahlen hauptsächlich durch die Gruppenbesuche und durch die Familienbesuche entstehen. Im Museum für Stadtgeschichte ist das Besucherverhalten anders. Herr **Kuras** leitet von der Besucherstatistik ab, dass das Museum für Naturkunde das „Einsteigermuseum“ für Kinder ist.

Herr **Otto** meint, dass die Schulen das Naturkundemuseum zu wenig nutzen. Herr Dr. **Reck** möchte wissen, ob der Aufwand der Kassierung ins Verhältnis zu den Besucherzahlen gesetzt wurde. Herr **Görgner** bestätigt dies, macht aber darauf aufmerksam, dass die Kassierung gleichzeitig die Aufsicht ist. Im Museum für Stadtgeschichte hält sich das Verhältnis durch den Souvenierverkauf in der Waage. Im Naturkundemuseum sind die Einnahmen geringer, hier arbeiten 2 Personen in einer Schicht. Im Stadtgeschichtsmuseum arbeiten 4 Personen in einer Schicht. Herr **Kuras** ergänzt, dass es Überlegungen mit der ÖSA im vergangenen Jahr gab, die Aufsichtskräfte zu reduzieren. Im Ergebnis war dies nicht möglich.

Herr Dr. **Reck** hinterfragt die Schließmonate und möchte wissen, ob man den kalten Schließmonaten vielleicht mehr Besucher anziehen könnte als in den warmen offenen Monaten. Herr **Kuras** erinnert an die Besucherstatistik der vergangenen Jahre, die Anlass waren, den Dezember und Januar zu schließen.

Herr **Hartmann** möchte abschließend wissen, ob der jetzige Modus für Öffnungs- und Schließzeiten im nächsten Jahr beibehalten wird. Herr **Kuras** bestätigt dies und verweist darauf, dass die Gelder entsprechend im Haushalt abgebildet sind.

### 4.1.3 Sonstige Informationen der Verwaltung

Frau **Wendeborn** informiert, dass mit heutigem Tag die Genehmigung des Landeschulamtes zur Umwandlung der Ganztagschule Zoberberg in die Gemeinschaftsschule Zoberberg erteilt wurde.

### 4.2 Anfragen und Informationen der Stadträte und sachkundigen Einwohner

Herr **Hartmann** informiert, dass ab 3. Dezember der Junkerspfad zugänglich sein wird, dazu verteilt er an die Anwesenden Flyer. Ebenfalls wird an diesem Tag die Homepage [www.hugo-junkers.info](http://www.hugo-junkers.info) freigeschaltet sein.

Herr **Otto** hinterfragt den aktuellen Stand zum Naturbad in Großkühnau. Herr Dr. **Reck** berichtet, dass es einen Außentermin gab, der vom Referat Sport, den Stadträten und weiteren Vertretern anderer Dezernate wahrgenommen wurde. Durch die Verwaltung wird das Ziel verfolgt, dort ein öffentliches Bad zu betreiben. Diskutiert wurde vor Ort darüber, eine öffentliche Badestelle einzurichten, was aber nicht als prioritäres Ziel verfolgt wird. Der bestehende Vertrag mit dem Pächter, umfasst die Bedingungen zur Betreibung eines öffentlichen Bades. An diesem Vertrag wird die Stadt festhalten. Mit dem Betreiber wurde Kontakt aufgenommen, da er signalisierte, dass die Betreibung in der jetzigen Form nicht wirtschaftlich ist. Der Betreiber ist jetzt aufgefordert, dies anhand von Zahlen zu untermauern. Gleichzeitig will sich die Stadt damit auf einen möglichen zweiten Schritt, ein Interessenbekundungsverfahren, vorbereiten. Dieser Schritt wird nur in Erwägung gezogen, wenn das Gespräch mit dem jetzigen Betreiber nicht zum Erfolg führt und eine Beendigung des Vertrags ansteht. Wenn sich kein Betreiber für ein öffentliches Bad findet, gäbe es auch weitere zu prüfende Optionen. Denkbar wäre die Betreibung als Vereinsbad oder eine Trennung in Gewerbebetrieb und öffentliche Badestelle. Bei letzterer Variante würden sich die Konditionen für den Gewerbebetrieb deutlich erhöhen. Weiterhin müsste in diesem Gremium die Entscheidung getroffen werden, dieses Bad als öffentliche Badestelle zu betreiben. Momentan hält die Stadt am bestehenden Vertrag fest und möchte mit dem jetzigen Betreiber zusammenarbeiten.

Frau **Benckenstein** liegt vom Ortschaftsrat Großkühnau ein Protokoll vor, in dem von einem Kostenvoranschlag zur Entfernung des Schilfgürtels die Rede ist. Das Angebot beläuft sich auf 50 TEUR. Die Entfernung des Schilfgürtels wird dabei vom momentanen Pächter vorausgesetzt, um das Bad weiter betreiben zu können. Ihr stellt sich die Frage, wie es dazu kommen konnte. Aus ihrer Sicht hätte der Betreiber dafür sorgen müssen, dass der Schilfgürtel nicht solche Ausmaße annehmen kann.

Herrn Dr. **Reck** ist der Sachverhalt bekannt, die Stadt kann nicht die Aufgaben und Pflichten des Pächters übernehmen. Dies wird auch im Nachgang nicht passieren. Herr **Otto** kann ergänzen, dass sich der Ortschaftsrat Großkühnau einstimmig für die Umwandlung in eine Badestelle ausgesprochen hat. Seit langem ist kein Schwimmmeister mehr vor Ort, die Schließung erfolgte im August. Er berichtet von der Sorge des OR Großkühnau, dass der Ort, an dem sich das gesellschaftliche Leben des Ortsteils abspielt gefährdet ist, wenn der Pächter nicht mehr da ist. Auf Probleme machte auch der Vertreter der Gesellschaft für das deutsche Badewesen aufmerk-

sam, da der See keine ausreichende Beschilderung hat. Die Einrichtung einer Bade-  
stelle ist indes grundsätzlich möglich.

Herr **Otto** berichtet weiterhin, dass es etwas weiter weg am gleichen Ufer wilde Ba-  
destellen gibt, die von vielen Dessauern seit Jahrzehnten genutzt werden. Er fände  
es gut, wenn ein Pächter das Bad wirtschaftlich betreiben könnte. Dabei muss aber  
gewährleistet sein, dass der Pächter die Dinge mit dem Ortschaftsrat absichert, die  
dieser dort gern machen möchte. Die Vorlage des Wirtschaftsplans ist richtig, Zeit  
darf aber nicht vergeudet werden. Für die Problematik des Schilfbewuchses gibt es  
vielleicht auch andere Lösungsansätze. Eine gemeinsame Sitzung mit dem Finanz-  
ausschuss strebt der Vorsitzende, Herr Weber an. Dies scheiterte bisher daran, dass  
eine gewisse Vorarbeit durch die Verwaltung geleistet werden müsste, um nicht ins  
Leere zu diskutieren. Er appelliert an die Verwaltung, jetzt schnell zu reagieren und  
nichts „schleifen“ zu lassen.

Herr Dr. **Reck** erklärt, dass der Betreiber bis 14.12.16 die Möglichkeit hat, auf das  
Anschreiben der Stadt zu reagieren. Inhaltlich wird darin um die wirtschaftliche  
Nachweisführung gebeten mit der Möglichkeit einer Anhörung. Erst danach soll noch  
im Dezember das Interessenbekundungsverfahren eingeleitet werden. Die Marktab-  
frage dauert ca. 4 Wochen, so dass spätestens Ende Januar die Ergebnisse vorlie-  
gen könnten. Sollte sich kein Interessent melden, würde man mit dem Betreiber über  
die erwähnten anderen Modelle sprechen. Alles immer vorausgesetzt, es käme zur  
Kündigung des jetzigen Vertrages.

Herr **Otto** erwähnt, dass das Bad als Ferieneinrichtung genutzt wird. Diese Nutzer  
haben dann allerdings einen Schwimmmeister/Rettungsschwimmer dabei. Aktivitäten  
der Nutzer, wie bspw. der Krötenhof mit seinen Drachenbooten und das UBA sind  
ebenfalls im Interessenbekundungsverfahren zu berücksichtigen.

Herr **Hartmann** möchte wissen, ob es zum jetzigen Stand der Aktivitäten Einverneh-  
men mit den Beteiligten gibt. Ihm wurde vermittelt, dass man in diesem Jahr noch zu  
Entscheidungen kommen sollte, da die Zeit für den Abschluss von Verträgen drängt.  
Hier sind die Verträge für die Veranstaltungen im Sommer gemeint. Die Unsicherheit,  
bis Januar oder Februar warten zu müssen könnte manchen Vertragspartner ab-  
schrecken. Es ist zu vermuten, dass der jetzige Betreiber auf Grund der ungewissen  
Zukunft, Anfragen nicht beantwortet. Herr Dr. **Reck** bestätigt, dass diese Gefahr be-  
steht. Er bittet um Verständnis, dass der im Vertrag beschriebene Badbetrieb prioritär  
betrachtet wird. Vom Betreiber wird die Erfüllung seines Vertrages erwartet. Er ist vor  
zwei Jahren auf das unternehmerische Risiko eingegangen. Herr Dr. **Reck** geht da-  
von aus, dass der jetzige Betreiber sein Geschäftsmodell weiter betreibt und mit dem  
Risiko kalkuliert. Eine andere schnelle Lösung sieht er auch im politischen Raum  
nicht gleich umsetzbar. Die Umwandlung in eine Badestelle wird auch in der Verwal-  
tung unterschiedlich betrachtet. Er geht weiterhin davon aus, dass der Ortsbürger-  
meister und der OR Großkühnau über das jetzige Verfahren informiert sind.

Herr **Otto** ist der Meinung, dass hier die Politik zu fragen ist und wenn diese der Mei-  
nung ist, dass es eine Badeanstalt bleiben muss, dann muss die Zeitschiene bis En-  
de Januar ausreichen. Sonst würden alle Dinge, wie bspw. das Ferienlager wegbre-  
chen.

Herr **Adamek** hält die vorgestellte Zeitschiene für ausreichend, wenn dann abschließend im Februar der Stadtrat eine Entscheidung trifft. Er geht davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt eine Beschlussvorlage vorliegen kann. Herr Dr. **Reck** und Herr **Völker** bestätigen dies.

Frau **Benckenstein** meint, dass es für einen evtl. neuen Betreiber wichtig ist, die Anfragen der Nutzer übermittelt zu bekommen, weil der jetzige Betreiber die Anfragen ablehnt oder der OR Großkühnau nicht mit einem neuen Betreiber zusammenarbeiten will. Herr Dr. **Reck** geht davon aus, dass der OR Großkühnau an der Möglichkeit des Badens interessiert ist.

## **5 Beschlussfassungen**

### **5.1 Ganzheitliches Tourismuskonzept für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg Vorlage: BV/368/2016/IV-80**

Herr Dr. **Reck** führt kurz in die Thematik ein. Es liegt eine Fortschreibung unter Mitwirkung der Stadtmarketinggesellschaft vor. Verschiedene Maßnahmen sind darin definiert. Das Konzept wird als Grundlage für die Antragstellung von GRW-Mitteln benötigt. Der Beschluss der Vorlage bedeutet nicht, dass alle Einzelmaßnahmen damit bestätigt werden. Es wird bspw. über jedes Infrastrukturprojekt einen separaten Beschluss geben. Darauf hinweisen möchte er, dass die Maßnahmen, die die Stadtmarketinggesellschaft (SMG) betreffen, auch von der SMG umzusetzen sind.

Herr **Otto** kritisiert, dass wieder ein Papier produziert wurde, das bereits seit 2 Jahren existiert und nun fortgeschrieben ist. In der Fortschreibung sind keine Umsetzungen der letzten 2 Jahre enthalten. Hält er sich in Hotels anderer Städte auf, kann ihm das nötige Material zur Orientierung ausgehändigt werden. Das, was Dessauer Hotels aushändigen, ist dagegen unzureichend. Das entsprechende „Handwerkszeug“ sollte für Gäste zur Verfügung stehen. Das Marketingkonzept des Bauhauses aus dem Jahr 2011 enthält einfache umsetzbare Maßnahmen. Er fragt sich, warum Papiere erstellt und dann nicht umgesetzt werden.

Herr **Fackiner** berichtet, dass das vorliegende Konzept Grundlage zur Umsetzung sein soll und bereits etliches auf den Weg gebracht wurde. Dazu gehören Stadtpläne mit Führungen und touristischen Standorten. Dabei werden 2 bestehende Pläne zusammengeführt. Diese wurden bisher in den Hotels gut genutzt, sie wurden refinanziert über Werbung der beteiligten Hotels und Gastronomen. Spätestens zur ITB Anfang März sollen die neuen Publikationen verteilt werden. Das vorliegende Konzept bildet allerdings die Grundlage für die größeren Investitionen. Die Detailplanung wurde schon forciert und ist im Aufsichtsrat gestern beraten worden.

Herr **Adamek** berichtet von einem Anruf in der Touristinformation in der 46. KW. Hier sollten 300 Stadtinformationsbroschüren zur Verfügung gestellt werden, konnten aber nicht ausgereicht werden. Herr **Fackiner** bestätigt dies und erklärt, dass es keine Broschüren mehr gibt und er die vorhanden aus dem Jahr 2014 nicht herausgeben möchte.

Herr Dr. **Reck** berichtet von einem positiven Ereignis beim Mieterbund. Hier hat er den Verwaltungsvorstand vertreten und es lag auf jedem Tisch Informationsmaterial der Stadt Dessau-Roßlau aus. Herr **Fackiner** ergänzt, dass auch hier der Altbestand noch zum Tragen kommt, der aber fast verbraucht ist. Die Image-Broschüre ist „von gestern“. Der Tourismusverband oder Wittenberg sind uns hier deutlich voraus.

Herr Dr. **Reck** verweist auf die Seite 106 des Konzeptes als eine sehr zentrale Seite für die Maßnahmen in Zuständigkeit der SMG, die es bisher nicht gab. Im Aufsichtsrat der SMG wurde gestern beschlossen, an das bestehende Informations- und Leit-system anzuknüpfen und Synergien zu erzielen. Das Corporate Design (CI) wird für den Markenbildungsprozess genutzt. Beim Internetauftritt wurde durch die SMG die Arbeit des vorhergehenden Amtes übernommen und soll mit dem Qualitätsanspruch der SMG überarbeitet werden. Er ist zuversichtlich, dass mit den beantragten Infrastrukturmaßnahmen zum Jubiläumsjahr ein deutlicher Schritt nach vorn gemacht wird.

Herrn **Otto** hätte es gereicht, wenn dem Papier aus 2014 die Seiten mit Umsetzungen und Ergänzungen hinzugefügt worden wären. Es werden Zeit und Geld vergeudet, statt Maßnahmen umzusetzen, die bereits beschlossen wurden.

Herr **Hartmann** regt an, einmal im Frühjahr und einmal im Herbst eine Information in den Ausschuss zur Umsetzung der Maßnahmen zu geben. Dabei kann festgestellt werden, wie das Konzept greift oder nachjustiert werden muss. Herr **Otto** hat deshalb auch vorhin das Marketingkonzept des Bauhauses erwähnt, das im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Tourismuskonzeptes zu sehen sind. Herr Hartmann sieht hier die SMG als Steuerer und Beobachter.

Herr **Otto** erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass im Marketingkonzept des Bauhauses eine Empfehlung gegeben wurde, DDR-Architektur in den Bauhaustourismus mit einzubeziehen. Er erwähnt die Scheibe Nord gegenüber dem neuen Bauhausmuseum, mit der Gropiusidee einer Trennwand aus Möbeln herauszustellen. Er könnte sich vorstellen, dort eine Wohnung im Objekt zu zeigen. Diese Dinge sollten mit aufgegriffen werden.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Endbericht des ganzheitlichen Tourismuskonzeptes für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der WelterbeRegion Anhalt-Dessau-Wittenberg wird bestätigt und ist Grundlage für künftige Fördermittelanträge im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.
2. Maßnahmen, die sich aus dem Konzept ergeben und dem Geschäftsfeld der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH zuzuordnen sind, sind von der Gesellschaft umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0**

**5.2 Kalkulation zur Änderung der Kostensatzung der Musikschule "Kurt Weill" der Stadt Dessau-Roßlau.  
Vorlage: BV/239/2016/V-40**

Frau **Wendeborn** bittet darum auch die folgende Beschlussvorlage im Zusammenhang zu sehen und führt zum Thema ein. Es wird durch die Verwaltung darauf hingewiesen, dass eine private Musikschule nicht als Vergleich für die Kalkulation herangezogen werden kann.

Frau **Stöbe** bittet um eine Berichterstattung in einem Jahr, ob sich die Schülerzahlen durch die Erhöhung verringert haben. Frau Wendeborn sichert dies zu. Rückläufige Zahlen ergeben sich auch, weil die Lehrkräfte Räumlichkeiten in den Kitas nicht nutzen können. Gründe, die von Kitas genannt werden, sind nicht vorhandene Räume oder die Musikschule Fröhlich ist dort bereits etabliert. Herr **Otto** bezweifelt, dass am Nachmittag keine Räume in den Kitas zur Verfügung stehen. Hier ist der Kontakt zu Frau Rach aufzunehmen. Wenn der Wille da ist, kann auch ein Raum zur Verfügung gestellt werden. Er bittet um eine Information zum Ergebnis des Gesprächs.

Herr **Adamek** verlässt um 17:35 Uhr die Sitzung.

Frau **Benckenstein** hebt die hohe Qualität des Unterrichts durch die Musikschule Kurt Weill hervor und gibt gern etwas mehr Geld für die Ausbildung aus.

**Beschlussvorschlag:**

Die Kalkulation zur Änderung der Musikschule „Kurt Weill“ der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 0**

**5.3 Änderung der Kostensatzung der Musikschule "Kurt Weill" der Stadt Dessau-Roßlau ab 1. Januar 2017.  
Vorlage: BV/240/2016/V-40**

Der TOP 5.3. wurde mit dem TOP 5.2. behandelt. Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussfassung:**

Die Änderung der Kostensatzung der Musikschule „Kurt Weill“ der Stadt Dessau-Roßlau wird zum 1. Januar 2017 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 0**

**5.4 Bewilligung eines Zuschusses an Sportvereine (TuS Kochstedt e.V.)  
für Sanierungsmaßnahmen an Sportanlagen  
Vorlage: BV/370/2016/IV-52**

Herr **Otto** hinterfragt, ob das „Sorgenkind“ TuS Kochstedt e.V. momentan Ärger mit der Nachbarschaft hat. Herrn **Völker** ist diesbezüglich nichts bekannt, dennoch steht der größere Ballfangzaun über die gesamte Länge zur Debatte. Der Verein versucht hier über Spendenmittel die Maßnahme zu realisieren. Bei der Stadt liegt dazu kein Antrag vor. Der Zuschuss für den Kunstrasenplatz wurde zwischenzeitlich abgerechnet, so dass die Maßnahme beendet ist.

Herr **Semper** kann berichten, dass der Verein noch 350 „Schuss“ frei hat.

Frau **Benckenstein** möchte wissen, ob es einen Pächter für das Sportlokal gibt. Herr **Völker** bestätigt, dass es den geben wird, er ihn aber nicht kennt.

**Beschlussfassung:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau bezuschusst die Erweiterung und Sanierung des Umkleide- und Sozialtraktes im Sportzentrum Kochstedt, Lichtenauer Str. 60 in Dessau-Roßlau.
2. Das Referat Sportförderung wird ermächtigt, einen entsprechenden Zuwendungsbescheid an den Turn- und Sportverein (TuS) Kochstedt e.V. zu erstellen.

**Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 0**

**8 Schließung der Sitzung**

Herr Otto schließt um 18:30 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 14.01.17

---

Hans-Georg Otto  
Vorsitzender Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

Schriftführer